

Gemeinsame Erklärung

der Niedersächsischen Landesregierung

und der Mitglieder des Beirats „Niedersachsen-Ring“

zum weiteren Ausbau des ehrenamtlichen Engagements

1. Leitgedanken

Das bürgerschaftliche Engagement in Niedersachsen hat sich herausragend entwickelt. Zwischen 1999 und 2009 ist die Engagementquote von 31 Prozent auf 41 Prozent gestiegen - bundesweit der größte Zuwachs. Niedersachsen nimmt damit Platz 1 im Ländervergleich zusammen mit Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ein. Auf diesen großartigen Erfolg können alle Engagierten sowie Förderinnen und Förderer des Engagements in Niedersachsen stolz sein.

Die absehbaren gesellschaftlichen Herausforderungen wie z. B. die Auswirkungen des demographischen Wandels, die globalen Klimaveränderungen und der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen sowie die Folgen der zunehmenden gesellschaftlichen Flexibilität im Zusammenhang mit der Globalisierung und die Veränderungen der familiären Strukturen werden sich auch auf das bürgerschaftliche Engagement auswirken.

Die freiwillig Engagierten sind deshalb mehr denn je auf fördernde Rahmenbedingungen angewiesen, ohne die ein nachhaltiges Engagement nicht erbracht werden kann. Diese abzusichern und auszubauen ist nicht nur eine Aufgabe staatlicher Stellen, sondern auch Unternehmen, Stiftungen und die Trägerorganisationen sind weiterhin aufgefordert, ihren Beitrag zu leisten. Die zukünftigen Fördermaßnahmen sind darauf auszurichten, das hohe Niveau des Engagements aufrecht zu erhalten und weitere Interessierte für die Aufnahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit zu gewinnen. Diese Zielsetzung wollen die Niedersächsische Landesregierung und die Mitglieder des „Niedersachsen-Rings“ gemeinsam verfolgen.

2. Gemeinsame Ziele für den weiteren Ausbau des freiwilligen Engagements

Die Politik für das freiwillige Engagement richtet sich an Menschen, die mitarbeiten wollen und dabei Teilhabe, Kooperation und Selbstorganisation innerhalb der Gesellschaft anstreben. Damit das ehrenamtliche Engagement noch erfolgreicher einen positiven Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung leisten kann, sollen die Rahmenbedingungen mit folgenden Zielen weiter ausgebaut werden:

- Die Unterzeichnenden wollen sich gemeinsam dafür einsetzen, dass den Engagierten mehr Teilhabe ermöglicht wird und sie die ehrenamtliche Arbeit stärker mitgestalten können. Begleitend soll die politische Bildung ausgebaut werden, damit interessierte Bürgerinnen und Bürger ihre Teilhabe und Teilnahme qualifiziert ausüben können. Durch den weiteren Ausbau eines vielfältigen Fort- und Weiterbildungsangebots sollen die ehrenamtlich Engagierten zudem unterstützt und das freiwillige Engagement insgesamt noch attraktiver gestaltet werden.
- Die Niedersächsische Landesregierung will in Kooperation mit den Unterzeichnenden die Möglichkeiten zum weiteren Ausbau des freiwilligen Engagements von Schülerinnen und Schülern in den Schulen und das stetige Sammeln von Erfahrungen in diesem Handlungsfeld verstärken.
- Infrastruktureinrichtungen wie z. B. Freiwilligenzentren, Beratungs- und Koordinationsstellen will die Landesregierung weiterhin finanziell fördern, diese Maßnahmen mit der kommunalen Ebene eng abstimmen und dabei nachhaltige Kooperationen mit dem Bund anstreben.
- Gemeinsam mit dem Bund und den Kommunen will die Landesregierung noch bestehende steuerliche, rechtliche und gesellschaftliche Hindernisse bei der Aufnahme und Durchführung eines Ehrenamtes abbauen und den Prozess des Abbaus gesellschaftlicher Hindernisse begleiten. Der Beschluss des Bundeskabinetts vom 24. Oktober 2012 zur Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeitsrecht (GemEntBG) ist in diesem Zusammenhang ein wichtiges Signal, weil durch diese Initiative das Ehrenamt durch Entbürokratisierung und Flexibilisierung erleichtert werden soll.
- Die Unterzeichnenden wollen bisher unterdurchschnittlich vertretene Bevölkerungsgruppen wie z. B. Menschen mit Migrationshintergrund darin bestärken, eine ehrenamtliche Tätigkeit zu übernehmen und sie bei ihrem ehrenamtlichen Engagement unterstützen.
- Durch eine umfassende Sicht auf das Engagement von Männern und Frauen wollen die Unterzeichnenden tradiertes Rollenverständnis im Ehrenamt überwinden und Frauen stärker in Leitungsfunktionen einbeziehen.

- Die Arbeitgeberverbände werden sich bei ihren Mitgliedsunternehmen dafür einsetzen und die staatliche Verwaltung wird dazu beitragen, dass sowohl die erworbenen Kenntnisse und Kompetenzen der Ehrenamtlichen bei Auswahlverfahren im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten als auch das ehrenamtliche Engagement ihrer Beschäftigten stärker berücksichtigt werden.
- Die Unterzeichnenden setzen sich für eine Kultur der Anerkennung und Wertschätzung der Arbeit der Ehrenamtlichen ein und sorgen für unterstützende Rahmenbedingungen (z. B. durch Ehrungen oder Einladungen zu „Danke-Veranstaltungen“).

3. Aktivitäten der Partner

Die Partner dieser Erklärung verfolgen insgesamt die Zielsetzung, das ehrenamtliche Engagement landesweit zu stärken. Dies ist eine Querschnittsaufgabe aller beteiligten Institutionen und Fachbereiche, die eine bereichsübergreifende Zusammenarbeit erfordert. Die Niedersächsische Landesregierung und die Mitglieder des „Niedersachsen-Rings“ werden sich auch zukünftig für diesen übergreifenden und integrativen Ansatz einsetzen. Im Zusammenwirken mit allen Akteuren können so zukunftsfähige Strukturen des ehrenamtlichen Engagements und attraktive Angebote entwickelt und weiter ausgebaut werden.

Hannover, den 05.12.2012

Niedersächsische Landesregierung

Mitglied des „Niedersachsen-Rings“

.....
David McAllister
Niedersächsischer Ministerpräsident

.....
Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen
Spitzenverbände Niedersachsen

Mitglieder des „Niedersachsen-Rings“

.....
Arbeiter-Samariter-Bund
Landesverband Niedersachsen e. V.

.....
Arbeitsgemeinschaft MigrantInnen und
Flüchtlinge in Niedersachsen (AMFN e. V.)

.....
Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND)
Landesverband Niedersachsen e. V.

.....
Bürgerstiftung Hannover

.....
Deutscher Gewerkschaftsbund
Landesbezirk Niedersachsen

.....
Freiwilligenakademie Niedersachsen

.....
Freiwilligenzentrum Hannover e. V.

.....
Katholisches Büro Niedersachsen

.....
Konföderation Evangelischer Kirchen
in Niedersachsen

.....
Landesarbeitsgemeinschaft der
Freien Wohlfahrtspflege
in Niedersachsen e. V.

.....
Landesarbeitsgemeinschaft der
Freiwilligenagenturen Niedersachsen e.V.

.....
Landesarbeitsgemeinschaft Soziale
Brennpunkte Niedersachsen e. V.

Mitglieder des „Niedersachsen-Rings“

.....
Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur
in Niedersachsen e. V.

.....
Landesfeuerwehrverband
Niedersachsen e. V.

.....
Landesfrauenrat Niedersachsen e. V.

.....
Landesjugendring Niedersachsen e. V.

.....
Landesmusikrat Niedersachsen e. V.

.....
Landespräventionsrat Niedersachsen

.....
Landesseniorenrat Niedersachsen e. V.

.....
Landessportbund Niedersachsen e. V.

.....
Landesvereinigung für Gesundheit und
Akademie für Sozialmedizin
Niedersachsen e. V.

.....
Landesverkehrswacht Niedersachsen e. V.

.....
Naturschutzbund Deutschland (NABU)
Landesverband Niedersachsen e. V.

.....
NBB - Niedersächsischer Beamtenbund
und Tarifunion

.....
Niedersächsischer Bund für freie
Erwachsenenbildung (nbeb) e. V.

.....
Niedersächsischer Heimatbund e. V.

Mitglieder des „Niedersachsen-Rings“

.....
Selbsthilfe-Büro Niedersachsen der
Deutschen Arbeitsgemeinschaft
Selbsthilfegruppen e. V.

.....
Seniorenakademie Otto Brenner
Hannover e. V.

.....
Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e. V.

.....
Sozialverband VdK
Niedersachsen-Bremen e. V.

.....
Unternehmerverbände Niedersachsen e. V.

.....
Verband Wohneigentum Niedersachsen e. V.

.....
Volkswagen AG „Volkswagen pro Ehrenamt“